

AMT UNTERSPREEWALD



Gemeinde: Schönwald

Datum der Sitzung:

Tagesordnungspunkt: ☐

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Beratungsgegenstand: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Baugesetzbuch zum Vorhaben der Notus energy Plan GmbH & Co.KG: Errichtung und Betrieb von 1 Windenergieanlage des Typs Vestas V150 am Standort Windpark Schönwalde V

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Lißner - BA	70-2021	14.09.2021

A. Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung beschließt:

Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 Baugesetzbuch (BauGB) zum Vorhaben: Errichtung und Betrieb von 1 Windenergieanlage des Typs Vestas V150 am Standort Windpark Schönwalde V, des Typs Vestas V 150 - 6,0 MW mit einer Nabenhöhe von 169 m, Rotordurchmesser 150 m, somit eine Anlagenhöhe von 244 m auf den Grundstücken der Gemarkung Schönwalde., Flur 4, Flurstück 179, wird erteilt.

Antragsteller: Notus energy Plan GmbH & Co.KG
Parkstraße 1
14469 Potsdam

Begründung der Beschlussvorlage:

Die Gemeinde Schönwald wird gemäß § 36 Abs. 2 Baugesetzbuch zur Abgabe einer gemeindlichen Stellungnahme zum Vorhaben: Errichtung und Betrieb von 1 Windenergieanlage des Typs Vestas V150 am Standort Windpark Schönwalde V auf dem Grundstück der Gemarkung Schönwalde, Flur 4, Flurstück 179 aufgefordert.

Das Vorhabengebiet befindet sich in der Konzentrationsfläche 9 gemäß des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windkraftnutzung im Amt Unterspreewald.

Die neue Windenergieanlage wird auf einem kreisrunden Stahlbetonfundament errichtet. Der Durchmesser beträgt 24,00 m.

- Auf der Grundlage des § 67 Abs. 1 der Brandenburgischen Bauordnung wird beantragt, dass die öffentlich-rechtliche Sicherung nach § 84 Abs. 1 BbgBO (Eintragung der Baulasten) als Nebenbestimmung in den Genehmigungsbescheid aufgenommen wird und zur Baufreigabe zu erbringen ist.

Die Verwaltung schlägt vor das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ ☒ Nein

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ € keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

Anlage 1: Antragsunterlagen

Anlage 2: Flurkarte

B. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☐ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

Datum

Unterschrift der/des zuständigen FA-Leiterin/s:
Schudek - BA

C. Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage
oder Ablehnung der Beschlussvorlage**

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiterin/ Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Gemeindevertretung
--------------------------	--------------	---